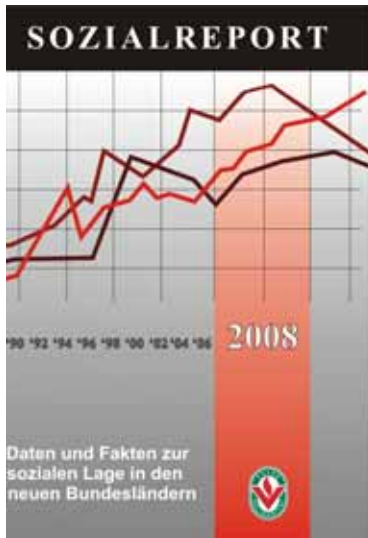


Pressematerial



Sozialreport 2008
Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern

68 Seiten

Erarbeitet vom
Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum
Berlin-Brandenburg e.V.

im Auftrag der
Volkssolidarität Bundesverband e.V.
Berlin - Dezember 2008

verantwortlich: Dr. Reinhard Liebscher

Die Untersuchung „Leben in den neuen Bundesländern - Daten und Fakten zur sozialen Situation“ wird seit 1990 (erstmalig Januar 1990) jährlich durchgeführt. Die Ausarbeitung für 2008 beruht auf der 19. Welle der Erhebungsreihe. 2.892 verwertbare Fragebögen wurden in die Aufbereitung der Daten einbezogen.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind repräsentativ für die neuen Bundesländer und Berlin (Ost) insgesamt.

Zusammenfassung einiger Ergebnisse

1. Beurteilung der gesellschaftlichen und der eigenen Lebenssituation

Allgemeine Lebenszufriedenheit

Die Zufriedenheit mit der eigenen gegenwärtigen Lebenssituation ist gegenüber den vergangenen Jahren trotz des bis zum Befragungszeitraum anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs weiter gesunken. Im Jahre 2008 waren in den neuen Bundesländern 4 % mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden, 35 % zufrieden, 43 % teilweise zufrieden, 12 % unzufrieden und 4 % sehr unzufrieden (1 % ohne Antwort). Dennoch ist der Anteil der Unzufriedenen (16 %) als moderat einzuschätzen. Das bedeutet auch, dass die Redeweise von „den unzufriedenen Ostdeutschen“ nicht zutreffend ist. Hinzu kommt, dass einzelne Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Maße mit ihrer Lebenssituation zufrieden sind. So unterscheiden sich die Bewertungen der eigenen Situation in den Altersgruppen immer mehr. Am zufriedensten sind die jungen Menschen unter 25 Jahren und die über 60-Jährigen, zu denen die Rentner gehören. Bei den jeweils 50- bis 59-Jährigen erfolgte seit 1999 ein steter Rückgang der allgemeinen Zufriedenheit von 54 % auf 30 %, bei den ab 60-Jährigen ist auch eine Abnahme der Zufriedenheit zu verzeichnen, aber auf einem wesentlich höheren Niveau (von 66 % auf 47 %). Der Anteil der Unzufriedenen in dieser Altersgruppe nahm von unter 10 % im Jahr 1999 auf ein Viertel im Jahr 2008 zu.

Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage

Im Jahr 2008 bewerten 2 % ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut, 24 % mit gut, 45 % mit teils gut/teils schlecht, 22 % mit schlecht und 7 % mit sehr schlecht. Es fällt auf, dass eine negative Bewertung vor allem bei den mittleren Altersgruppen der 25- bis 60-Jährigen anzutreffen ist (34 – 36 %), dass die unter 25-Jährigen in etwas geringerem Maße ihre wirtschaftliche Situation als schlecht bewerten (28 %) und über 60-Jährige am zufriedensten sind (19 % schlechte Bewertungen).

Diese Bewertungen erfolgen vor dem Hintergrund von folgenden Faktoren der wirtschaftlichen Situation, die von uns erhoben wurden:

a) Erwerbsbeteiligung

S. 51

In der Altersgruppe zwischen dem 18. und dem 65. Lebensjahr waren rund 60 % erwerbstätig, 15 % arbeitslos bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, 17 % in Ausbildung bzw. nicht erwerbstätig und bereits 8 % Rentner. Negativ auf die Erwerbssituation wirken sich vor allem Langzeitarbeitslosigkeit, unstete Beschäftigungsverhältnisse aus und die Tatsache, dass in den Gruppen der unter 25-Jährigen und 50- bis 59-Jährigen die Arbeitslosigkeit vergleichsweise hoch ist. Bei den Jungen ist ein Viertel nach der Ausbildung arbeitslos, bei den Älteren beträgt der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbstätigen fast ein Drittel.

b) prekäre Erwerbsbedingungen

S. 53

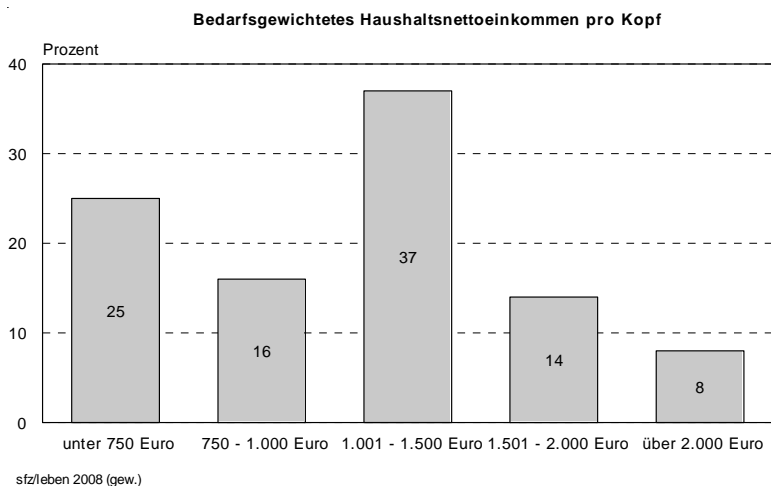
Negativ auf die Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage wirken sich auch die prekären Beschäftigungsverhältnisse einschließlich des ausgedehnten Niedriglohnbereiches aus. 39 % der befragten Ostdeutschen geben an, im Laufe ihres Erwerbslebens schon einmal von atypischen Beschäftigungsverhältnissen persönlich betroffen gewesen zu sein.

c) Einkommen

S. 44

16 % beziehen ein Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle, wenn man sie auf die mittleren Einkommen in den neuen Bundesländern bezieht. Dieser Wert vergrößert sich, wenn das mittlere Einkommen für ganz Deutschland zugrunde gelegt wird.

Insgesamt hat sich die Ungleichheit der Einkommen in den neuen Bundesländern weiter erhöht.



Allgemeine Zukunftschancen und Erwartungen an die Veränderung der eigenen wirtschaftlichen Lage

S. 23

Fast die Hälfte der Bürger bewertet die Zukunftschancen für das eigene Leben negativ: 46 % nehmen weitere Verschlechterungen ihrer Lebenschancen an, nur 11 % gehen von Verbesserungen aus, 28 % sehen für sich keine Veränderungen. Hervorzuheben ist auch der 14 %ige Anteil derjenigen, die sich kein Bild von ihrer Zukunft machen können.

Ein relativ hoher Anteil junger Menschen (39 %) geht von Verbesserungen aus ebenso wie Empfänger hoher Einkommen (20 %). Im Vergleich dazu ist bemerkenswert, dass nur einer von 100 der Älteren von Verbesserungen in den nächsten fünf Jahren ausgeht. Verschlechterungen sehen für sich keineswegs nur die 50- bis 60-Jährigen, sondern inzwischen auch die über 60-Jährigen mit der höchsten Quote (58 %) sowie Arbeitslose (55 %).

Die Erwartungen an die künftige eigene wirtschaftliche Lage fallen gleichfalls eher negativ aus. So gehen nur 13 % von Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation bis 2013 aus, 21 % erwarten keine Veränderung, 49 % nehmen Verschlechterungen an. Auch hier ist der Anteil derer, die dazu keine Aussage treffen können/wollen, mit 17 % hoch.

Erwartungen an Armut

Von der Annahme, dass in Deutschland die Armut steigen wird, gehen 88 % der befragten Bürger ab 18. Lebensjahr aus. Dabei gibt es keine generell unterschiedlichen Positionen zwischen Frauen und Männern bzw. S. 49
Qualifikations- und Einkommensstrukturen. Lediglich befragte Bürger der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre geben zu 15 % und ältere Bürger zu 12 % an, es nicht zu wissen/beurteilen zu können.

Zunehmende Armut wird vor allem gesehen bei Arbeitslosen (64 %), Empfänger niedriger Einkommen (54 %) sowie künftigen Rentnern (51 %).

Bewertung der Sozialreformen

Sozialreformen, ihre erklärten Ziele und realen Wirkungen werden vom Bürger in unterschiedlichem Maße verstanden und reflektiert. Hervorzuheben ist, dass die Bürger einen funktionierenden und gut ausgestatteten Sozialstaat nicht nur hoch schätzen, sondern auch für notwendig halten. Ihn zu reformieren hält eine große Mehrheit für dringend erforderlich. Die Tatsache, dass 86 % der Bürgerinnen und Bürger einer notwendigen S. 36
Reformierung zustimmen, drückt ein deutliches Bekenntnis zum Sozialstaat aus. Klar wird aber auch, dass die bisherigen Reformschritte nicht ausreichen und der Sozialstaat nach wie vor in der Verantwortung für eine Gestaltung sozialer Rahmenbedingungen im Interesse aller sozialen Gruppen steht.

Die Bewertung der Wirksamkeit der bisherigen Sozialreformen auf die Situation des einzelnen Bürgers ist überwiegend negativ. Nur 4 % der Bürger sehen die bisherigen Sozialreformen für sich als Gewinn, für 24 % sind diese sowohl mit Gewinnen als auch mit Verlusten verbunden. Die Mehrheit (57 %) sieht für sich vor allem Verluste (14 % trifft nicht zu/2 % ohne Antwort). Verluste beklagen im besonderen Maße die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen (67 %), die Arbeitslosen (82 %) sowie Bürger mit einem Haushaltsnettoeinkommen/pro Kopf unter 750 Euro (69 %).

Die Haltung der Bürger der neuen Bundesländer zur Rente mit 67 ist relativ eindeutig: 79 % lehnen sie ab, 85 % sehen darin ausschließlich eine Entlastung der Rentenkassen (insbesondere die Jahrgänge im Erwerbsalter). Nur 11 % gehen davon aus, dass es ein „notwendiger Schritt aufgrund der steigenden Lebenserwartung“ sei. Dieser Argumentation wird besonders von Hochschulabsolventen (18 %) und Beziehern eines individuellen Einkommens über 2.000 Euro (23 %) gefolgt. S. 56

Hoffnungen und Befürchtungen

Der Stimmungsindikator „Hoffnungen und Befürchtungen“ hat sich gegenüber dem Vorjahr wieder verschlechtert, nachdem er davor etwas angestiegen war. 9 % der Menschen in den neuen Bundesländern haben mit Blick auf die Zukunft eher Hoffnungen, 36 % eher Befürchtungen und 50 % blicken mit Hoffnungen und Befürchtungen in die Zukunft. S. 19

2. Deutsche Einheit und Identifikation mit der Bundesrepublik

Werte

Die Wertebindungen der Menschen in den neuen Bundesländern ist, in den Wechselfällen seit der deutschen Einheit, weitgehend stabil geblieben. Besonders wichtig ist den Menschen Arbeit (77 %), Familie (72 %), soziale Sicherheit (72%), Einkommen (66 %), Gerechtigkeit (65 %), Partnerschaft, (60 %), Gesundheit (58 %), Bildung und Wissen (56 %), Kinder (53 %) und eine intakte Umwelt (47 %).

Veränderungen in der Bedeutsamkeit gegenüber den letzten Jahren haben sich vor allem im Hinblick auf Arbeit, Kinder und Demokratie ergeben. Die Wichtigkeit des Bereiches Arbeit hat am deutlichsten zugenommen (1990: 65 %). Heute ist Arbeit für Frauen (80 %) wichtiger als für Männer (75 %). Gleiches gilt für die Werte soziale Sicherheit (Frauen 77 % - Männer 66 %) und der Familie (78 % - Männer 65 %). Einen bedeutenden Wertverlust hat ein Leben mit Kindern für unter 30 Jährige erfahren (48 % im Jahr 1990, 33 % im vergangenen Jahr). Hervorzuheben ist hierbei sowohl der deutliche Werteverlust bei jüngeren Frauen (von 62 % auf 45 %) als auch bei jüngeren Männern (von 36 % auf 22 %). S. 25

In einer demokratischen Gesellschaft zu leben, ist für 24 % der Bürger sehr wichtig und für 42 % wichtig. Der Stellenwert der Demokratie nimmt im Gegensatz zu 1990 (54 % sehr wichtig/34 % wichtig) keinen so hochwertigen Platz mehr ein.

Identifikation

S. 42 Auf die Frage nach der Identifikation mit der Bundesrepublik antworten 22 % der Bürger, dass sie sich als „richtige Bundesbürger“ fühlen, insbesondere höhere Einkommensgruppen (über 2.000 Euro - 41 %), unter 25-Jährige (40 %), Beamte (37 %) sowie Hochschulabsolventen (32 %). „Ich möchte am liebsten die DDR wiederhaben“ geben 11 % der Befragten an. Dabei handelt es sich vor allem um Arbeitslose (23 %) und Bezieher von Niedrigeinkommen mit unter 750 Euro Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen (20 %).

Während sich 70 % der Bürger der neuen Bundesländer insgesamt stark mit Ostdeutschland verbunden fühlen, geben nur 42 % dies auch für die Bundesrepublik an. Die Bindung an das jeweilige Bundesland bzw. die Gemeinde/Stadt ist im Vergleich dazu höher (57 % bzw. 61 %).

Vertrauen in Institutionen

S. 35 Am stärksten ausgeprägt ist seitens der Ostdeutschen (2008) das Vertrauen zur Polizei (37 % volles/viel Vertrauen - bei steigender Tendenz: 1993 = 20 %) sowie zu den Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen (31 %). Bundestag (12 %) und Bundesregierung (13 %) genießen in geringstem Maße volles/viel Vertrauen. Bei unter 25-Jährigen (22 %), Hochschulabsolventen (20 %), Beziehern höherer Einkommen (24 %) ist das Vertrauen in die Bundesregierung noch am höchsten, am geringsten bei Arbeitslosen (72 % kein Vertrauen) und der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen.

Angleichung der Lebensverhältnisse

S. 46 Der Glaube an eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den alten und den neuen Bundesländern, gemessen an der Angleichung der Einkommen, ist verloschen. Nur noch 16 % der Befragten glauben, dass bis zum Auslaufen des Solidarpaktes 2020 die Einkommen angeglichen sein werden. 43 % sind der Meinung, dass das überhaupt nicht mehr erfolgt.

Haltung gegenüber Ausländern

Im Jahr 2008 bekannten rd. 7 % der ab 18-jährigen Bürger der neuen Länder ihre „Sympathie“ für rechte Parteien (Republikaner, NPD, DVU), darunter bis 40-Jährige zu 9 %. Sie stellen weitgehend auch das direkte Wählerpotenzial dieser Parteien dar. Obwohl sich eine deutlich zunehmende Mehrheit von 72 % ablehnend gegenüber rechten Parteien verhält, ist auch der Anteil von „Neutralen“ („ist mir egal“, „ich weiß nicht“) mit 21 % ein gesellschaftlich und politisch durchaus ernst zu nehmendes Potenzial.

S. 59 Die Bürger der neuen Länder bewerten (2008) das Klima in Bezug auf Ausländer in der Bundesrepublik nur zu 8 % als ausländerfreundlich, 28 % mit „eher unfreundlich“ und 19 % mit „ausländerfeindlich“ (42 % teils/teils). Insgesamt überwiegen „Anti-Haltungen“, die vom Einzelnen nur in seltenen Fällen begründet werden können, sondern mehr auf pauschalierten Vorurteilen beruhen. Das vor einem Hintergrund von 2,4 % Anteil der ausländischen Bevölkerung (Dezember 2007).

Den Auffassungen, dass es „zu viele Ausländer“ in Deutschland und ihre Zahl reduziert werden müsse, stimmen 40 % der Befragten voll und 34 % teilweise zu. Insgesamt ist eine positive Tendenz feststellbar, so waren 2002 noch 47 % der Meinung es gäbe „zu viele Ausländer“. Charakteristisch ist auch, dass nach wie vor die Auffassung, dass Ausländer „auf unsere Kosten leben“ und „soziale Probleme verschärfen“, bei rd. einem Drittel volle Zustimmung findet. Nur 15 % sehen in ausländischen Mitbürgern „eine Bereicherung des Lebens“.

Bilanz der Einheit

Im 18. Jahr nach der deutschen Einheit bleibt die persönliche Bilanz relativ stabil.

S. 40 Insgesamt sehen sich 39 % der Ostdeutschen eher als Gewinner der deutschen Vereinigung, für 29 % halten sich Gewinne und Verluste die Waage und 28 % sehen sich eher als Verlierer (5 % trifft nicht zu/ohne Antwort).

Als Gewinner betrachten sich insbesondere Bezieher von einem Individualeinkommen über 2.000 Euro (73 %), Beamte (70 %), nach 1990 Zugezogene (68 %), Hochschulabsolventen (54 %) sowie jüngere Bürger (51 %). Als Verlierer sehen sich Arbeitslose (55 %), untere Einkommensgruppen (45 %), Arbeiter (35 %) sowie die mittleren Altersgruppen (37 %).